

Kitas, Krankenhäuser, Schwimmbäder – wo die Bürger mit Einschnitten rechnen müssen

Stand: 06:31 Uhr | Lesedauer: 5 Minuten



Von **Nikolaus Doll**

Ressort Politik

In vielen Kommunen müssen sich die Deutschen in der Energiekrise auf Einschränkungen im Alltag einstellen. Verbände rechnen damit, dass viele Angebote für Bürger eingeschränkt werden oder wegfallen. Dabei wird ein schwerer Vorwurf gegen die Politik laut.

Die Bundesbürger müssen sich aufgrund der Verteuerung von Energie ([/politik/deutschland/plus240327243/Energie-Lebensmittel-und-Co-Diesmal-trifft-es-auch-die-Mittelschicht-Voll.html](#)), befürchteter Versorgungsengpässe sowie zusätzlicher Belastungen wie der Gasumlage ([/wirtschaft/energie/plus240556219/Gasumlage-Der-wahre-Preis-Schock-droht-vielen-Deutschen-bei-der-Dämmung.html](#)) auf Einschränkungen bei Dienstleistungen in den Kommunen einstellen. „Die stark steigenden Gas- und Strompreise treffen die Kreise und Gemeinden hart. Das ist allein mit Energieeinsparungen nicht zu kompensieren“, warnt der Präsident des Deutschen Landkreistages, Reinhard Sager. Es werde eine ganze Reihe Kommunen geben, „die das durch Angebotseinschränkungen ausgleichen muss, soweit es nicht um gesetzlich vorgeschriebene Leistungen geht“, sagte Sager WELT.

Viele Angebote der Kommunen zählen zur Daseinsvorsorge – etwa Schulen, Kitas, Krankenhäuser oder die öffentliche Verwaltung und der Nahverkehr. Die dort erbrachten Leistungen sind gesetzlich definiert; die Städte und Gemeinden können in diesen Bereichen kaum Abstriche machen. „Wenn hohe Energiepreise dazu zwingen, wird man das bei freiwilligen Leistungen tun müssen, wie der Förderung von Kultur oder Vereinen“, sagt Gerd Landsberg, Geschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes.

Freiwillige Leistungen machen im Durchschnitt 15 bis 20 Prozent der kommunalen Ausgaben aus. „Die Kommunen werden außerdem Investitionen wie in neue Schulen, die Entwicklung von Baugebieten oder Radwege zurückstellen und die Verschuldung erhöhen“, prognostiziert Landsberg. Dienstleistungen wie die Schwimmbadnutzung ([/wirtschaft/plus239424871/Erst-Freibaeder-dann-Wohnungen-Das-Notdrosseln-der-Heizungen-beginnt.html](#)) würden teurer. Er warnt vor den Folgen solcher Schritte: „Viele der freiwilligen Leistungen, zum Beispiel für das Kultur- und Vereinsleben, sind extrem wichtig für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ohne entsprechende Angebote drehen die Leute durch“, so Landsberg.

Die Vertreter der kommunalen Kliniken warnen bereits jetzt vor einer Schieflage der Häuser, die auch zur Einschränkung von Leistungen führen könnte. Viele Krankenhäuser machen infolge der Corona-Pandemie kaum mehr Gewinne, die finanziellen Puffer schrumpfen.

Insolvenzen drohen

Die steigenden Energiepreise verschärften die Probleme nun massiv, sagt Nils Dehne, Geschäftsführer der Allianz Kommunaler Großkrankenhäuser: „Ohne kurzfristige Liquiditätshilfen der Kommunen stehen das viele Krankenhäuser nicht durch. Und wo die Kommunen das nicht können, drohen Insolvenzen“, so Dehne. „Schon jetzt ist es nötig, dass nicht unbedingt notwendigen Leistungen aufgeschoben werden müssen. Das ist bislang der immer größeren Personalknappheit geschuldet.“ Sparpläne allein reichten in vielen Fällen nicht mehr aus, um die Lage in den Kliniken

([/politik/deutschland/article237924607/Corona-in-Krankenhaeusern-OP-Saele-geschlossen-Betten-gesperrt-Lage-in-Kliniken-hat-sich-voellig-gedreht.html](https://www.welt.de/politik/deutschland/article237924607/Corona-in-Krankenhaeusern-OP-Saele-geschlossen-Betten-gesperrt-Lage-in-Kliniken-hat-sich-voellig-gedreht.html)) zu stabilisieren, erklärt der Vorsitzende des Verbands kommunaler Krankenhäuser und Chef des Klinikums Itzehoe, Bernhard Ziegler: „Die Kosten steigen, aber wir können die Einnahmen nicht steigern. Wir brauchen Hilfe vom Bund oder den Kommunen.“

Die Städte und Gemeinden werden sich mit Hilfen aber auch deshalb schwertun, weil sie bislang einen Teil ihrer Aufgaben durch die Stadtwerke querfinanziert haben: Die verdienten häufig mit dem Energiegeschäft Geld, mit dem andere, chronisch defizitäre Bereiche wie Schwimmbäder oder Sportanlagen unterstützt wurden. Steigende Energiepreise und die Gasumlage, mit der die Gasimporteure unterstützt werden sollen, bringen nun immer mehr Stadtwerke an den Rand der Leistungsfähigkeit. „Für die Stadtwerke kann die Umlage, so wie sie im Moment konzipiert ist, zu höheren Risiken führen. Denn sie gilt nicht für alle Verträge und Tarife“, sagt Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages. Der Verband kommunaler Unternehmen, der die Stadtwerke vertritt, warnte jüngst sogar vor einer Pleitewelle – und Insolvenzen müssten von den Kommunen aufgefangen werden.

In den Bibliotheken stellt man sich angesichts der Gesamtlage derweil darauf ein, Angebote zu kürzen. Wie andere öffentliche Einrichtungen sind auch sie dazu aufgefordert, 15 bis 20 Prozent ihres Energieverbrauchs einzusparen. „Das kann durch Absenken der Raumtemperaturen allein nicht erreicht werden, sondern nur durch eventuelle Schließtage“, kündigte eine Sprecherin des Deutschen Bibliotheksverbands an, in dem unter anderem die großen Staatsbibliotheken und kleinere Gemeindebüchereien organisiert sind. In den kommenden Wochen wolle man

Handlungsempfehlungen entwickeln, wie Bibliotheken Energie einsparen und gleichzeitig ihrem gesellschaftlichen Auftrag nachkommen könnten.

Private Anbieter von Angeboten in den Städten und Gemeinden sehen sich derweil noch größeren Problemen ausgesetzt, als kommunale Einrichtungen – denn sie können nicht von staatlicher Hilfe ausgehen. „Wir stehen bereits in den vergangenen Jahren massiven Teuerungen angesichts steigender Energiepreise gegenüber. Bei Gewerbemietobjekten lagen die Betriebskostenabrechnungen im vergangenen Jahre um 63 Prozent über dem Niveau von 2020“, sagt Lars Békési, Geschäftsführer des Verbands der Kleinen und Mittelgroßen Kitaträger. Es sei genau vorgegeben, wie warm Räume zur Kinderbetreuung sein müssten. Da dürfe es keine Abstriche geben.

„Die Politik hat lieber Sommerferien gemacht“

Zugleich könnten Kitas die Kosten nicht ohne Weiteres an die Eltern durchreichen. „Wir sind an einem Punkt, an dem die Wirtschaftlichkeit von Kitas infrage gestellte werden muss“, sagt Békési. Sparen könnten die Einrichtungen nur beim Personal, was schlechtere Betreuungsarbeit zur Folge hätte; oder durch Verkürzung der Öffnungszeiten. „Kitas müssen von der Gasumlage befreit werden“, fordert der Verbandsgeschäftsführer: „Das hätte man im Vorfeld regeln können, aber die Politik hat lieber schöne Sommerferien gemacht.“

Der Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste (bpa) sieht auf seine bundesweit rund 12.000 Mitgliedseinrichtungen ebenfalls harte Zeiten zukommen. „Wenn sich Gasrechnungen innerhalb weniger Wochen verzehnfachen, kommen selbst solide Pflegeeinrichtungen in Existenznot“, sagt der schleswig-holsteinische bpa-Landesvorsitzende Mathias Steinbuck, der Einrichtungen der ambulanten und stationären Pflege, der Behindertenhilfe sowie der Kinder- und Jugendhilfe vertritt. Steinbuck fordert: „Die Pflegekassen haben die Pflicht, mit uns kurzfristig nach pragmatischen Lösungen zu suchen.“

Gerd Landsberg vom Städte- und Gemeindebundes sieht grundsätzlichen Handlungsbedarf: „Die Bundesregierung muss sich fragen, ob sie daran festhalten will, den Koalitionsvertrag abzuarbeiten oder die Kommunen zu unterstützen, die täglich unverzichtbare Dienstleistungen für die Menschen erbringen.“

„Kick-off Politik“ ist der tägliche Nachrichtenpodcast von WELT. Das wichtigste Thema analysiert von WELT-Redakteuren und die Termine des Tages. Abonnieren Sie den Podcast unter anderem bei Spotify (<https://open.spotify.com/show/5YJ9twWCs7n3TWY1v9qCND>), Apple Podcasts (<https://podcasts.apple.com/de/podcast/kick-off-politik/id1584780171>), Amazon Music

([https://music.amazon.de/podcasts/301a2b98-059b-4c75-84cd-d7f12a072607/KICKOFF-POLITIK?](https://music.amazon.de/podcasts/301a2b98-059b-4c75-84cd-d7f12a072607/KICKOFF-POLITIK?ref=dm_sh_DJg0sEabHwpV0f8wc9yZuPh8v) oder direkt per RSS-Feed.

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/240619385>